

NR. 3, DEZEMBER 2025

# OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- > **ZIVILDIENTST: PER REVISION UNTER BESCHUSS** SEITE 5
- > **STADLER RAIL: KONZERN DRÜCKT SICH VOR VERANTWORTUNG** SEITE 12
- > **ANDREAS STREIFF: INTERVIEW MIT GEMEINDERATSKANDIDAT** SEITE 15



**BEZIEHUNG ZU  
EUROPA STÄRKEN**

# WO DER FROSCH KÖNIG IST

Wir bauen dir einen Naturgarten, so wie im Märchen.

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

## BEREIT FÜR DIE ERSTEN FLOCKEN?

**CURAU**  
WWW.CURAU.CH

Mit unseren Flocken bleibt die Kälte draussen!

## Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger  
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste Label der Schweiz



## COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen  
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem besonderen Angebot und dem guten Service. Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

## JETZT INVESTIEREN!

Genossenschaft für zukunftsfähigen Wohn- und Arbeitsraum im Toggenburg



www.stadtufer.ch

KULTUR, WOHNEN & ARBEITEN

STADTUFER



Markus Allemann Naturgärten GmbH



# Herzklopfen

Planung, Ausführung und Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswilen  
Telefon 071 633 29 84

www.natur-gaerten.ch



# MUT ZUR VERÄNDERUNG

## Liebe GRÜNE

«Wann habt ihr das letzte Mal etwas zum ersten Mal gemacht?»  
Während ich dies schreibe, bin ich gerade dabei und habe natürlich den Anspruch, dass mein erstes Vorwort perfekt sein muss. Dass ich bei euch mehr Engagement, Motivation und Zuversicht bewirken kann, dass ich in Zeiten negativer News das Gute hervorzuheben vermag. Kompakt und perfekt ausformuliert.

Denn schaffe ich dies nicht, bewirke ich sowieso nichts – oder so habe ich zumindest manchmal das Gefühl. Dieses Gefühl trägt einen Namen: «erlernte Hilflosigkeit». Ein Phänomen meiner Generation. Das Gefühl, nichts ausrichten zu können, weil es für alles ohnehin schon zu spät scheint – und weil uns niemand wirklich zuhört.

## Wir brauchen neue Strategien

Aber gerade in der Politik braucht es solche ersten Male dringend – Klimaszenarien und globale Konflikte zeigen es klar. Wir brauchen neue Strategien, neue Ideen und vor allem eines: Handlung. Menschen, die den Mut haben, etwas zum ersten Mal zu machen.

Deshalb mein Appell an euch, liebe GRÜNE: Hört uns zu, wenn wir es schaffen, diesen Mut zu ergreifen. Wenn wir Lösungsvorschläge bringen für eine Zukunft, die uns gehört. Denn wir bringen diese neuen Ideen und neuen Strategien – vielleicht noch nicht perfekt durchdacht, aber mit eurer Unterstützung voller Potenzial.

Hört uns zu, macht uns Mut und habt auch selbst keine Angst vor ersten Malen.



Nadine Nef  
Präsidentin Junge Grüne Graubünden  
nad.nef@bluewin.ch



## OSTGRÜN NR. 3/2025

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz  
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen  
Postfach, 9001 St.Gallen

Dezember 2025  
Erscheint 3mal jährlich

Auflage: 1950 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Gianluca Looser (SH), Leana Meier (GR)

Autor\*innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Lena Jaquet, Anita Mazzetta, Diego Müggler, Franziska Ryser, Nils Rüegg, Luamar Zwahlen

Gestaltung: Mischa Herzog

Titelbild: Adobe Stock

Porträtfoto: S. 4 Patrick Itten

Druck: Cavelti AG, Gossau



Bild: Adobe Stock

# FÜR STABILE BEZIEHUNGEN

## MIT EUROPA

Die Bilateralen III sind eine Chance für eine stabile, faire und klimafreundliche Zukunft. Die GRÜNEN haben das Paket in der Vernehmlassung unterstützt. Wir fordern gleichzeitig, dass besonders die innenpolitische Umsetzung des Stromabkommens ökologisch und sozial verbessert wird.

Europa ist für viele von uns längst Alltag: Wir studieren in europäischen Städten, arbeiten mit Menschen, die extra aus dem Ausland gekommen sind, reisen ohne grosse Hürden und profitieren von gemeinsamen Regeln, die Umwelt und Arbeitnehmende schützen. Doch in den letzten Jahren haben sich die Beziehungen zur EU gefährlich abgekühlt.

Forschungsgelder fehlten, Studierende verloren Austauschmöglichkeiten, und beim Strom war die Schweiz zunehmend isoliert. Mit den Bilateralen III können wir diesen Stillstand endlich überwinden.

Das Paket bringt Stabilität zurück – und öffnet Türen. Endlich können wir wieder an Horizon, Erasmus- und weiteren Kooperationsprogrammen teilnehmen. Davon profitieren Studierende, KMU, Forschende, aber auch unsere Klimapolitik: Denn Innovation entsteht dort, wo man zusammenarbeitet.

### Lohnschutz verteidigen

Wichtig dabei ist: Offene Grenzen dürfen nicht zu einem Wettlauf nach

unten führen. Darum haben wir GRÜNE uns konsequent für den Erhalt des Lohnschutzes eingesetzt. Mit dem vorliegenden Paket bleibt der Lohnschutz erhalten, und auch künftig kann kontrolliert werden, ob Firmen faire Löhne bezahlen. So bleibt die Personenfreizügigkeit ein Gewinn für alle. Was wir hingegen deutlich ablehnen, ist die neue Schutzklausel. Sie ist

Symbolpolitik ohne realen Nutzen, und sendet das falsche Signal: Die Schweiz vertraut ihren europäischen Partnern – und sollte das auch zeigen.

### Mindestvergütung muss bleiben

Besonders im Fokus steht das Stromabkommen. Es verbessert die Versorgungssicherheit, erhöht die Netzstabilität und erleichtert uns den Zugang zu sauberem Winterstrom aus Europa. Für die Energiewende ist das ein Schritt nach vorne. Wir unterstützen deshalb das Stromabkommen. Aber klar ist auch: Der Vorschlag zur innenpolitischen Umsetzung des Bundesrates muss noch verbessert werden. Die geplante Streichung der Mindestvergütung für Solarstrom etwa würde den Ausbau der Photovoltaik

«Endlich können wir wieder an Horizon, Erasmus- und anderen Kooperationsprogrammen teilnehmen.»

gefährden und unnötige Unsicherheit schaffen für alle, die heute in erneuerbare Energie investieren. Zudem braucht es stärkere Regeln zum Gewässerschutz und eine konsequente Förderung der Erneuerbaren – sonst bleibt das volle Potenzial des Abkommens ungenutzt. Wichtig ist, dass das Paket dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Anderslautende Forderungen sind unehrlich. Sie dienen einzig dem Zweck, die Hürden für eine Annahme der Verträge verfassungswidrig zu erhöhen.

### Solidarische Partner

Europa ist keine Gefahr, sondern unser unentbehrlicher Nachbar. Die Bilateralen III machen diese Nachbarschaft verlässlicher, nachhaltiger und solidarischer. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass wir diese Chance nutzen – und dass die Schweiz Teil wird eines starken und grünen Europas.



Franziska Ryser  
Nationalrätin GRÜNE SG



Bild: zvg

# ZIVILDIENTST IN GEFAHR – JETZT UNTERSCHREIBEN

Der Zivildienst soll mit einer Gesetzesrevision massiv eingeschränkt werden. Das Parlament will den Zugang zum Zivildienst mit 40 % weniger Zulassungen erschweren. Das gefährdet wichtige Leistungen für Gesellschaft und Umwelt. Die Jungen Grünen haben gemeinsam mit weiteren Organisationen das Referendum ergriffen.

NRU. Der Bundesrat will den Zugang zum Zivildienst mit sechs Massnahmen stark einschränken. Dazu gehören eine Mindestanzahl von 150 Diensttagen, strengere Bedingungen für einen Wechsel vom Militärdienst oder die Streichung von Zivildiensteinsätzen für Medizinstudierende. Dies würde den Zivildienst für viele unattraktiver machen. Diese Verschärfungen würden nicht nur potenzielle Zivis abschrecken, sondern auch wichtigen Institutionen schaden.



Zivis leisten heute unverzichtbare Arbeit in Pflegeheimen, Schulen, Landwirtschaft und im Naturschutz. Wenn weniger Menschen in den Zivildienst wechseln können, fehlen dort dringend benötigte Arbeitskräfte. Gleichzeitig stiege der Druck, Menschen gegen ihr Gewissen im Militärdienst zu halten – was die Gewissensfreiheit empfindlich schwächen würde.

## Junge Grüne fordern einen starken Zivildienst

Die Jungen Grünen stellen sich entschieden gegen die Demontage des Zivildienstes. Sie fordern einen freien, gut zugänglichen Dienst an der Gemeinschaft, der die gesellschaftliche Solidarität stärkt und nicht als blosses Druckmittel zur Rekrutierung für die Armee missbraucht wird.

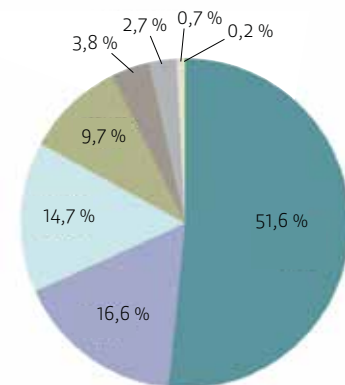
Dazu gehören ein offener Zugang zum Zivildienst, faire Bedingungen für alle Dienstleistenden und der Schutz jener Institutionen, die heute auf Zivis angewiesen sind. Der Zivildienst soll als eigenständiger, wertvoller Beitrag zur Gesellschaft gestärkt statt geschwächt werden.

## Jede Unterschrift zählt

Wer den Zivildienst erhalten will, kann das Referendum unterstützen, Unterschriften sammeln und im eigenen Umfeld darauf aufmerksam machen. Gemeinsam können wir sicherstellen, dass der Zivildienst auch in Zukunft ein Ort bleibt, an dem Menschen ihrem Gewissen folgen und der Gemeinschaft einen Beitrag leisten können.

Unterschreibe jetzt den beigelegten vorfrankierten Unterschriftenbogen und sende ihn direkt und sofort zurück – Herzlichen Dank!

Dienstage (2024) nach Branche in Prozentzahlen



- Sozialwesen
- Schulwesen
- Gesundheitswesen
- Umwelt- und Naturschutz
- Kulturgütererhaltung
- Landwirtschaft
- Entwicklungszusammenarbeit
- Katastrophen und Notlagen

Daten: WBF / Grafik: Mischa Herzog



Bild: Luamar Zwahlen

# KLIMASENSIBLE HUMANITÄRE HILFE

Als internationale humanitäre Mitarbeiterin gehöre ich zu einem Sektor, der zum Teil auf umweltschädliche Art und Weise agiert. Doch erst der Zusammenhang mit postkolonialen Machtstrukturen weckte mein Interesse für eine ökologische humanitäre Hilfe.

LZW. «Greening Humanitarian Aid» bezeichnet ein integratives System. Dabei fließen Klima- und Umweltaspekte in die Planung, Durchführung und Bewertung humanitärer Hilfe. Das soll die ökologische Belastung von Hilfsmassnahmen reduzieren sowie die Resilienz betroffener Gemeinschaften gegenüber Klimafolgen stärken.

## Integer Leben retten

Als ich vor einigen Jahren bei einer Internationale Nicht-Regierungsorganisation (INGO) an einem Online-Workshop zu Greening Humanitarian Aid teilnahm, dachte ich mir (wie viele andere in diesem Sektor): «Wir sind zu beschäftigt, Leben zu retten – und haben keine Zeit uns mit der Umweltverträglichkeit unserer Aktionen auseinanderzusetzen.» Mir war schon klar, dass es nicht integer ist, mit der einen Hand Menschen zu helfen, die ihre ganzen materiellen Existenzgrundlagen durch Klimakatastrophen verloren haben und gleichzeitig mit der anderen Hand sich als humanitäres System so zu verhalten, dass wir den Klimawandel verstärken.

«Je mehr wir wirklich auf die Stärkung der lokalen Kapazitäten setzen, desto klimafreundlicher verhalten wir uns.»

## Möglichkeiten erkennen

Meinen Aha-Moment hatte ich erst, als ich die Verbindung von klimaschädlichem Verhalten in der humanitären Hilfe und postkolonialen Strukturen zu entdecken begann.

Denn ich glaube, je mehr wir wirklich auf die Stärkung der lokalen Kapazitäten

setzen, desto klimafreundlicher verhalten wir uns automatisch in gewissen Bereichen: So zum Beispiel bedeutet die Anstellung von lokalem Personal auch in Leitungsbereichen weniger internationale Flüge. Oder wenn von Katastrophen betroffene Menschen Geld erhalten, um selbst zu bestimmen, was sie am dringendsten brauchen, kaufen

«Klimasensibles Verhalten ist nicht nur auf Makroebene angesagt.»

sie bei lokalen Märkten ein.

Das bedeutet ebenfalls weniger internationaler Flugverkehr mit Hilfsgütern

und Personal. Beides führt zu mehr Verantwortung und Entscheidungsmacht für die Betroffenen. Nicht immer sind diese Ansätze möglich, doch ich glaube, konsequent danach zu fragen ist schon ein Schritt in die richtige Richtung.

## Immer wieder Neues lernen

Klimasensibles Verhalten ist nicht nur auf Makroebene angesagt: Auch im Alltag während des Einsatzes ist das Thema für alle relevant. Für mich geht

es dabei zum schönsten Teil der Arbeit im humanitären Kontext, dass ich immer wie-

der Neues Lernen darf und mit meinen kulturellen Prägungen herausgefordert werde. Als ich in Madagaskar meine PET-Flasche «vorbildlich» zerdrückte, schaute mich ein lokales Teammitglied entgeistert an. Er nahm sie mir weg, blies sie wieder auf und erklärte mir ausführlich, für was eine solche Flasche alles noch gebraucht werden kann.



Bild: GRÜNE Schaffhausen

# KAMPAGNE FÜR

# EIGENVERANTWORTUNG

Das Wort «Eigenverantwortung» ist zur politischen Allzweckwaffe der Bürgerlichen mutiert, die damit jegliche sinnvollen und dringend notwendigen Massnahmen (insbesondere im Klimaschutz) torpedieren. Die Schaffhauser GRÜNEN werden mit einer Kampagne dagegenhalten.

LJA. Fehlen irgendwo die Argumente, steht eines immer bereit: die Eigenverantwortung. Ob sie in der 1.-August-Reden unserer aktuellen Bundespräsidentin als eine der drei Stärken der Schweiz erwähnt wird, bei der Debatte über Armut, Löhne, Bildung und Aufstiegschancen, übers Klima, den Strassenverkehr oder hinsichtlich der Gesundheit.

### Eigenverantwortung im Klimaschutz

Eines der anschaulichsten und extremsten Beispiele finden wir im Klimaschutz. So wurden 80 Prozent aller globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 2016 und 2022 von nur 57 Grosskonzernen ausgestossen. Dies zeigen Zahlen der Non-Profit-Organisation InfluenceMap. Es sind vor allem Ölkonzerne wie Saudi Aramco, Shell, ExxonMobil oder BP, Gaskonzerne wie Gazprom oder Rohstoffkonzerne wie die in der Schweiz ansässige Glencore. Und auch hinsichtlich verschiedener Vermögensgruppen sind die Unterschiede der Umweltzerstörung eklatant, wie Zahlen von Oxfam zeigen. Das reichste Promille der Weltbevölkerung stösst pro Kopf täglich mehr als 400-mal so viel CO<sub>2</sub> aus als die ärmsten 50 Prozent. Konkret

sind das 800 Kilogramm pro Kopf beim reichsten Promille, während es bei den ärmsten 50 Prozent zwei Kilogramm sind.

Es ist nicht der Töflibueb aus Beggingen, die Autonarrin aus Thayngen, der Ferienflieger aus Schaffhausen und erst recht nicht der Landwirt in Kenia, die an vorderster Front für die Klimakrise verantwortlich sind. Die wirklichen Verantwortlichen versuchen durch das Propagieren von Eigenverantwortung sich selbst gezielt aus der Schuld zu ziehen, aus der Verantwortung zu lösen.

So stammt der Ansatz des ökologischen Fussabdruckes nicht von irgendwoher, sondern vom Unternehmen British Petroleum (BP). Es ist seines Zeichens auf Platz vierzehn der grössten CO<sub>2</sub>-Emitenten weltweit. Das Unternehmen hat den Ansatz 2006 entwickelt, weil sie spätestens dann realisiert haben, dass ihr Geschäftsmodell und ihre Milliarden Gewinne auf Umweltzerstörung (und Aus-

beutung) basieren. Also müssen sich die Verantwortlichen damals wohl gefragt haben, wie sie am längsten davon ablenken können und weiterhin frei in ihrem Geschäft sind. Die Idee, bei den anderen, den Individuen, ein schlechtes Gewissen zu erzeugen und somit alle zu «Täterinnen» zu machen, funktioniert gut. Und lenkt erfolgreich von den tatsächlichen Schuldigen ab.

### Eigenverantwortung bei den GRÜNEN

Ähnlich geschieht das regelmässig im Diskurs um unsere Partei. Den Menschen wird eingebläut, dass sie das Wort Klimaschutz nicht einmal in den Mund nehmen dürfen, solange ihr Verhalten nicht einem ökologischen Muster-

beispiel folgt. Dieser Diskurs blockiert effektive Massnahmen und kostet uns ganz nebenbei Neumitglieder. Um auf provokante Weise darauf aufmerksam zu machen, lancieren wir Anfang des nächsten Jahres eine kleine Kampagne. Einen ersten Einblick geben wir hier (siehe Titelbild). Doch klar bleibt auch für uns: Persönliches ökologisches Handeln ist wichtig und richtig.



Bild: Fabio Tullio

## OLYMPIAFEST IN ITALIEN –

# VERKEHRSSCHAOS IN GRAUBÜNDEN

Am 6. Februar starten die Olympischen Winterspiele Milano Cortina 2026. Wenn Livigno und Bormio zur olympischen Bühne werden, wird es auch beim Verkehr in Graubünden sportlich. Was ist geplant, um ein Verkehrschaos zu verhindern und wer zahlt?

AMA. Zu den Austragungsorten der olympischen Spiele gehören auch Livigno und Bormio. Rund 50 Wettkämpfe finden allein in Livigno statt. Auch ein Olympisches Dorf gibt es hier. Das Problem: die einzige Winterzufahrt nach Livigno von Norden her ist der dreieinhalb Kilometer lange einspurige und private Strassentunnel Munt la Schera beim Ofenpass. Ein Nadelöhr. Olympia fällt zudem mitten in die Winterferien, wenn Strassen und ÖV bereits stark ausgelastet sind.

### Ohne ÖV geht gar nichts

Die Grossrätin der GRÜNEN, Anita Mazzetta, wollte schon 2023 von der Bündner Regierung wissen, was geplant wird, um die betroffenen Regionen Engadin und Val Müstair zu entlasten. Doch beim Kanton war Olympia noch kein Thema und Italien schien das auch nicht zu kümmern. Nach monatelanger intensiver Arbeit legt Graubünden nun drei Monate vor dem Anlass ein Verkehrskonzept vor. Und er sagt deutlich: Ohne ÖV geht gar nichts.

Graubünden plant mehr Züge zwischen Landquart – Zernez – Engadin und Park+Ride in Zernez, Val Müstair und vielleicht in Landquart. Die Weiterreise

durch den einspurigen Tunnel Munt la Schera ist nur per Shuttlebus möglich, mit einem dichten Takt. Alle dreieinhalb Minuten muss ein Bus fahren, um die Besucher\*innen nach Livigno zu bringen.

Für den Privatverkehr bleibt der Tunnel gesperrt, für Grenzgänger\*innen und akkreditierte Teams gibt es eine Ausnahme. Kostenpunkt für Graubünden: 5,5 Millionen Franken. Für genau 16 Tage. Zum Olympia-Vermächtnis wird das Verkehrskonzept nicht.

### Transparenz? Fehlanzeige!

Graubünden geht davon aus, dass ein Drittel der 12'000 Zuschauer\*innen, die an Spitzentagen nach Livigno reisen, über Graubünden anreisen werden. Diese Annahme sei aber nicht überprüfbar. Mit anderen Worten: Ein detailliertes Verkehrskonzept scheint es in Italien nicht zu geben. Unklar ist auch, wer die Rechnung für das Verkehrskonzept zahlt. Italien habe 600'000 Euro in Aussicht gestellt. Falls weitere Verhandlungen nichts bringen, will der Kanton die Kos-

ten mit den Bustickets decken. Milano–Cortina 2026 trat mit dem

«Mit anderen Worten:  
Ein detailliertes  
Verkehrskonzept scheint es  
in Italien nicht zu geben.»

Versprechen an, «konstengünstige» und «nachhaltige» Spiele zu organisieren. Doch die Kritik vor Ort wächst. Für

Strassen, Bergbahnen und Anlagen werden Milliarden investiert – ohne Transparenz, kritisieren Bürger\*innen- und Transparenzorganisationen in einem Bericht. Mit der Petition «Open Olympics 2026» fordern sie Antworten auf die Fragen: Was wird gebaut? Warum? Wer zahlt? Die Mailänder Staatsanwaltschaft fordert sogar vom Verfassungsgericht, gegen die Vergabeverträge zu ermitteln.

«Intransparenz scheint  
längstens eine olympische  
Disziplin zu sein.»

Nach Sotschi, Pyeong Chang und Beijing holte das IOC den olympischen Geist zurück in die Alpen und versprach nachhaltige Spiele und Transparenz. Doch Intransparenz scheint längstens eine olympische Disziplin zu sein.





Bild: Astra

# KLARES NEIN ZUM LANDVERKAUF WILWEST

Die GRÜNEN Kanton St.Gallen haben an ihrer Mitgliederversammlung vom 5. November unter anderem die Parole für das Projekt WILWEST gefasst. Es resultierte ein überraschend deutliches Nein. Dennoch wird das Projekt auch von einzelnen grünen Mandatsträger\*innen in beiden Kantonen unterstützt.

DBO. Das Projekt WILWEST beschäftigt die GRÜNEN der Kantone St.Gallen und Thurgau seit Jahren. Nach der überraschenden Ablehnung des Sonderkredits für die Arealentwicklung in der St.Galler Volksabstimmung vom September 2022 haben die beiden Kantonalparteien ein gemeinsames Positionspapier erarbeitet. Darin forderten sie eine grundlegende Überarbeitung des Projekts als Bedingung für einen Landverkauf vom Kanton St.Gallen an den Kanton Thurgau.

## Projekt stark weiterentwickelt

Das Projekt wurde in den vergangenen drei Jahren massgeblich weiterentwickelt. Die Fraktionen beider Kantone wurden in diesen Prozess einbezogen, wobei sich die GRÜNEN stets kritisch-konstruktiv einbrachten. Mit dem vorliegenden Grundstücksgeschäft wollen die beiden Kantone den Weg für die Umsetzung ebnen. Nun stellte sich die zentrale Frage, ob die Verbesserungen am Projekt aus Sicht der GRÜNEN ausreichen, um es zu unterstützen.

## Volkst Abstimmung dank der GRÜNEN

Ende August 2024 – vor der Schlussabstimmung im St.Galler Kantonsrat – holten die GRÜNEN ein Stimmungs- bild

ihres Basis ein. In einer konsultativen Abstimmung zeigte sich ein ausgewogenes Bild: Ein Teil der Mitglieder sah im überarbeiteten Projekt einen tragfähigen Kompromiss, ein ähnlich grosser Teil hielt die Verbesserungen weiterhin für unzureichend. Eine überwiegende Mehrheit sprach sich dafür aus, dass die Bevölkerung erneut über WILWEST abstimmen soll. Infolgedessen beantragten die GRÜNEN im Kantonsrat das Ratsreferendum und verhalfen diesem zum Erfolg.

## GRÜNE empfehlen NEIN

Am 8. März 2026 stimmt die St.Galler Bevölkerung über den Landverkauf. An ihrer Mitgliederversammlung Anfang November haben die St.Galler GRÜNEN mit überraschend deutlicher Mehrheit die Nein-Parole gefasst. Zwar kann die vorgesehene Gestaltung des Areals WILWEST durchaus als ökologisch vorbildlich bezeichnet werden. Was die Einbettung in die regionale Raum- und Verkehrsplanung betrifft, kann jedoch weiterhin nicht von einem nachhaltigen Projekt gesprochen werden. Neben den vielen Nein-Stimmen gibt es jedoch auch grüne Mandatsträger\*innen aus beiden Kantonen, die das überarbeitete Projekt unterstützen (siehe Kasten).

## GRÜNE JA-STIMMEN

Mit «GRÜNE für WILWEST» haben sich engagierte Mandatsträger\*innen zusammengeschlossen, die das überarbeitete Projekt aus ökologischen und raumplanerischen Gründen unterstützen. Nach der Ablehnung wurde das Vorhaben aus ihrer Sicht deutlich weiterentwickelt: weniger Bodenverbrauch, mehr Grünräume, weniger Zersiedelung und verbindliche Nachhaltigkeitsstandards in Bau und Betrieb. Im St.Galler Kantonsrat gab es von der Fraktion SP-GRÜNE-GLP keine Gegenstimmen, auch die GRÜNEN im Thurgau haben den Landkauf im Grossen Rat mehrheitlich befürwortet. Weitere Informationen unter: [www.gruene-fuer-wilwest.ch](http://www.gruene-fuer-wilwest.ch).



Bild: Initiativkomitee

# MEHR TRANSPARENZ BEI WAHLEN IM THURGAU

Das heutige Wahlsystem verzerrt den Wählerwillen. Schon kleine Veränderungen im Wähleranteil führen zu Sitzverschiebungen im Grossen Rat – oder zu unverdienten Mandaten. Eine kantonale Volksinitiative mit Beteiligung der GRÜNEN will den Doppelproporz nach Pukelsheim einführen.

KEG. Bei den letzten Grossratswahlen 2024 verlor eine Partei gleich drei Sitze – ein Drittel ihrer neunköpfigen Fraktion – obwohl der Wähleranteil nur um 1.1 Prozent gesunken ist. In drei Bezirken verpasste

**«Mit dem Doppelproporz nach Pukelsheim hätte die Partei heute acht Sitze.»**

die Partei knapp einen zusätzlichen Sitz, ihr Wähleranteil wurde «abgerundet». Mit dem Doppelproporz nach Pukelsheim hätte die Partei heute acht Sitze. Das ist demokratisch höchst ungerecht. Bei kleineren Parteien kann es vorkommen, dass es trotz beachtlichem Wähleranteil zu keinem Sitz im Grossen Rat reicht, weil sie in mehreren Bezirken nur knapp kein Mandat erreichen. Der Doppelproporz nach Pukelsheim korrigiert dies, indem alle abgegebenen Stimmen zuerst kantonsweit auf die Parteien verteilt werden. Dies stellt sicher, dass alle Stimmen gleich zählen.

## Keine Listenverbindungen mehr

Kleine und mittlere Parteien (EDU, EVP, GLP, GRÜNE, Aufrecht) haben nun eine kantonale Volksinitiative gestartet, die verlangt, dass für die Wahlen des Grossen Rats des Kantons Thurgau anstelle des Hagenbach-Bi-

schoff-Systems der Doppelproporz nach Pukelsheim angewendet wird.

Von den GRÜNEN Thurgau sind Didi Feuerle und Isabelle Vonlanthen-Specker im Komitee.

Damit können auch die Listenverbindungen abgeschafft werden. Nebst der inzwischen üblichen und verwirlichen Wahlzettelut sind die Wählenden bei Listenverbindungen nicht sicher, welcher Partei ihre Stimme tatsächlich zugute kommt. Mit dem Pukelsheimer haben alle Wählenden den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis. Der Doppelproporz nach Pukelsheim ist nicht neu in der Schweiz. Zehn andere Kantone (AG, BL, GR, NW, SH, SZ, UR, VS, ZG, ZH) setzen bereits seit Jahren auf dieses Wahlsystem. Es führt zu keinen Problemen und ist breit akzeptiert. Mit den heutigen technischen Möglichkeiten ist das Umstellen auf das Doppelproporz-Verfahren einfach und nur eine «Frage des Willens».

## DOPPELPROPÖRZ

Alle abgegebenen Stimmen werden zuerst kantonale ausgewertet. Dies ergibt für den Grossen Rat eine faire Sitzverteilung pro Partei. Danach werden die Sitze auf die fünf Bezirke verteilt – proportional zur Parteistärke. Die Gesamtzahl der Sitze, die jedem Bezirk zusteht, ändert sich nicht. Beim heutigen Wahlsystem nach Hagenbach-Bischoff werden die Sitze direkt in den Bezirken verteilt. Vor allem kleinere Parteien erhalten damit weniger oder keine Sitze. Sie sind auf Listenverbindungen angewiesen.



## JETZT UNTERSCHREIBEN

Auch die GRÜNEN Thurgau leisten ihren Beitrag. Es fehlen noch viele Unterschriften. Unterschreibt möglichst rasch und sendet die Unterschriften bis 31.12.2025 ein. Alle Infos unter: <https://transparente-wahlen-tg.ch/> oder mit dem obenstehende QR-Code.



Bild: GRÜNE Glarus

## GLARUS: ERSTER

# KLIMANEUTRALER KANTON?

2021 hat der Kanton Glarus als erster Kanton den Einbau von fossilen Heizungen untersagt. Ein Jahr später wurde der Klimaschutz in die Kantonsverfassung geschrieben. Damit wurden wichtige Grundlagen geschaffen, damit der Kanton Glarus auch in Zukunft eine Pionierrolle beim Klimaschutz einnehmen kann.

KWE. Der nächste wichtige politische Schritt ist das kantonale Klimagesetz. Dank einer Motion vom grünen Landrat Marius Grossenbacher und der Unterstützung von SP bis Mitte wurde der Regierungsrat zur Erarbeitung eines solchen Gesetzes verpflichtet.

**Klimagesetz mit wenig Klimaschutz**  
Ein Blick in das Gesetz zeigt: Damit wird der Kanton Glarus sicher nicht zum Pionier in Sachen Klimaschutz. Der Geltungsbereich des Gesetzes beschränkt sich auf die zentrale und dezentrale Verwaltung des Kantons und der Gemeinden. Sprich die festgelegten Klimaziele gelten nur für die Emissionen des Staates. Auch in der Klimastrategie sollen nur Massnahmen festgelegt werden, welche zu einer Reduktion der staatseigenen Emissionen führen. Die sonstigen Treibhausgasemissionen, welche im Glarnerland anfallen, werden vom Gesetz nicht erfasst. Dazu kommt, dass die Ziele für die zentrale Verwaltung des Kantons auch den Bundeszielen widersprechen. Nach dem Bundesrecht müssen die

Kantone für ihre zentrale Verwaltung anstreben, dass sie bis 2040 Netto Null erreichen. Der Kanton Glarus möchte für seine zentrale Verwaltung aber das Ziel Netto Null bis spätestens 2050 festlegen. Von einer Anstrengung bis 2040 ist keine Rede.

**«Die sonstigen Treibhausgasemissionen, welche im Glarnerland anfallen, werden vom Gesetz nicht erfasst.»**

Daneben sollen die Massnahmen zur Reduktion der Emissionen aus dem ordentlichen Budget bezahlt werden. Damit wäre die Finanzierung der wahrscheinlich mehrjährigen sowie längerfristigen Massnahmen der alljährigen finanzpolitischen Diskussion unterworfen. Gerade mit dem jetzigen Spardruck wäre die Planungssicherheit sicher nicht gewährleistet.

**«Stillstand und ein Gesetz, dass sich nur auf die Verwaltung beschränkt, ist keine Option.»**

**Verbesserung noch möglich**  
Das Gesetz sollte an verschiedenen Punkten noch verbessert werden, wenn der Kanton Glarus in Sachen Klimaschutz weiter vorwärts machen möchte. Gerade bei der Finanzierung und den zu treffenden Massnahmen lohnt sich ein Blick nach Graubünden. Dieser hat mithilfe einer Spezialfinanzierung aus einem Anteil der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und dem SNB-Gewinn einen «Green Deal» verabschiedet. Damit werden verschiedene Fördermassnahmen für mehr Klimaschutz und die Umstellung der Wirtschaft unterstützt.

Auch im Kanton Glarus wird es Zeit für einen weiteren grösseren Schritt in Sachen Klimaschutz. Stillstand und ein Gesetz, dass sich nur auf die Verwaltung beschränkt, ist keine Option, wenn der Kanton als erster Kanton in der Schweiz klimaneutral werden und sich auch zukünftig als Pionier in Sachen Klimaschutz positionieren möchte.



Bild: Adobe Stock

# UMWELTSKANDAL

# BEI STADLER-RAIL

Seit 2014 überschreitet der Zugbauer in den Ostschweizer Werken VOC-Grenzwerte. Die Behörden schauten weitgehend zu und blieben zahm. Der Vorfall reiht sich damit in eine Reihe von Umweltskandalen in der Ostschweiz ein, die kaum geahndet werden.

DMÜ. Es ist ein Skandal, der sich über ein Jahrzehnt hinzog – und den erst eine Recherche von SRF Investigativ im November ans Licht brachte: Stadler Rail bläst seit Jahren gesundheitsschädigende Schadstoffe in die Luft, die Kantone St. Gallen und Thurgau schauten zu. Im Werk St. Margrethen werden jährlich 20 Tonnen flüchtige organische Verbindungen (VOC) ausgestossen – fünfmal mehr als erlaubt. Im Thurgau überschritten die Lackieranlagen 2020 die Grenzwerte um das Dreifache. Bereits 2014 forderte der Kanton St. Gallen Stadler Rail auf, die Emissionen zu senken – passiert ist wenig.

**Profit ging vor Gesundheitsschutz**  
VOC können zu Atemwegsreizungen und schweren Gesundheitsproblemen führen und tragen zur Bildung von Ozon und Feinstaub bei. Abluftreinigungsanlagen könnten den Ausstoss drastisch reduzieren. Doch in den drei Schweizer Werken fehlen sie bis heute. Ein ehemaliges Kadermitglied bestätigte gegenüber SRF: «Das Management wusste schon lange von den zu hohen Emissionen. Man wollte aber wegen den

hohen Kosten keine Abluftreinigungsanlage einbauen. Und der Kanton hat das einfach hingenommen.»

Ein Umweltschutzanwalt sprach zu SRF von einem «Vollzugsmissstand». Das Vorgehen sei «klar ungenügender Vollzug des Umweltschutzrechts», sagt ein weiterer Experte. Die schleppende Durchsetzung habe zu einer «problematischen und vermeidbaren Belastung der Gesundheit und Umwelt» geführt.

Erst 2020 und 2021 leiteten die Kantone Sanierungsverfahren ein – mit fünfjährigen Fristen.

### GRÜNE fordern Konsequenzen

Für uns GRÜNE ist der Fall ein weiterer Beweis: Ohne konsequenten Vollzug gibt es keinen wirksamen Umweltschutz. Das Muster ist immer dasselbe – Unternehmen sparen Kosten ein, die Behörden reagieren zu spät, und die Bevölkerung zahlt den Preis mit ihrer Gesundheit. Wir GRÜNE fordern endlich genügend Stellen für Staatsanwaltschaft, Kantonspolizei und Umweltämter. Nur so können die Behörden ihrer Aufsichtspflicht nachkommen (siehe Kasten). Die GRÜNEN Kanton St. Gallen

fordern, dass dieser Fall und das Behördenversagen lückenlos aufgeklärt wird und entsprechende Konsequenzen gezogen werden. Es kann nicht sein, dass Umweltschutz an mangelnden Ressourcen, fehlender politischer Priorität oder der Rücksichtnahme auf Unternehmensinteressen scheitert. Der Fall Stadler Rail zeigt: Wir brauchen Behörden, die nicht nur mahnen, sondern durchgreifen – und eine Politik, die ihnen dafür die Mittel gibt.

### VERSTÖSSE OHNE FOLGEN

In den letzten Jahren häuften sich Umweltvergehen in der Ostschweiz: Giftiger Löschschaum im Bodensee, belastete Gewässer mit Fischsterben, um nur einige zu nennen. Das Muster ist immer gleich: Unternehmen nehmen Verstöße in Kauf, Behörden reagieren zu spät oder zu lasch, Strafen bleiben symbolisch. Doch anstatt wirkungsvoller Massnahmen gegen diese Umweltskandale zu ergreifen, will die bürgerliche Mehrheit im St. Galler Kantonsrat aus Spargründen auf zusätzliche personelle Ressourcen im Amt für Umwelt verzichten. Es zeigt sich einmal mehr: Bürgerlicher Umweltschutz bleibt Makulatur.

**THURGAU**



**Neues Co-Präsidium vorgeschlagen**

Die Findungskommission unter dem Präsidium von Toni Kappeler war erfolgreich. Sie schlägt Nicole Rüegg aus Gachnang und Simon Vogel aus Frauenfeld als Co-Präsidium für die GRÜNEN Thurgau vor. Sie decken mit ihren beruflichen Hintergründen geradezu perfekt die «klassischen» Politikbereiche der GRÜNEN ab: Simon Vogel ist Elektroingenieur, Software- und Radaringenieur, Kantonsrat mit Schwerpunkt auf Energie- und Umweltpolitik. Nicole Rüegg ist Pflegefachfrau und Co-Leiterin der SBK-Sektion St.Gallen / Thurgau / Appenzell (Berufsverband Pflegefachleute). Kurt Egger tritt als Präsident im Frühling 2026 zurück.

**IG Velo Hinterthurgau gegründet**

Die IG Velo Hinterthurgau setzt sich für die Verbesserung der Veloinfrastruktur ein. Bei der Gründung massgeblich beteiligt waren die GRÜNEN mit Andreas Schmidt und Kurt Egger. Bereits an der ersten Veranstaltung sind mehrere Vorschläge für Anpassungen zugunsten der Velofahrenden in den Gemeinden Sirnach und Münchwilen erarbeitet worden. Auch in Amriswil und Frauenfeld sind die GRÜNEN in den IG Velos an vorderster Front engagiert.

**GRAUBÜNDEN**

**GRÜN in der Surselva**

Herzlichen Glückwunsch an Roman Keller zur Wahl in das Gemeindeparlament von Ilanz! Mit Romans Wahl haben wir nun eine klare Grüne Stimme im Parlament in der Surselva. Roman lebt in Riein und setzt sich leidenschaftlich für den Schutz unserer Natur, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und eine vielfältige Zukunft der Randregionen ein. Wir brauchen GRÜNE Stimmen – ob kommunal oder kantonal – danke für deinen Einsatz!

**GLARUS**



**Autofreie Sonntage**

Die Glarner Landsgemeinde hat dieses Jahr bestätigt: Es soll drei autofreie Sonntage im Klöntal geben. Durch die Annahme des Memorialsantrages «Slow Sundays im Klöntal» der Jungen Grünen und GRÜNEN 2022 musste der Kanton eine Gesetzesänderung erarbeiten, die einzelne verkehrsberuhigte Sonntage im Klöntal enthält. Damit wurde an der diesjährigen Landsgemeinde das grüne Anliegen bestätigt und konkretisiert. Die ersten autofreien Tage finden jeweils am letzten Sonntag in den Monaten Juni, Juli und August 2026 statt.

**BODENSEE**

**Wasser-Symposium in Friedrichshafen**

Die GRÜNEN rund um den Bodensee vernetzen sich. GRÜNE aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Thurgau und Schaffhausen greifen gemeinsame grüne Themen auf. Als nächste Aktivität ist ein Wasser-Symposium in Friedrichshafen am Freitag, 30. Januar um 17 Uhr geplant.

**SCHAFFHAUSEN**

**Erneuerung Kantonsspital**

Am 30. November hat die Schaffhauser Bevölkerung den Kantonsbeitrag zur Erneuerung des Kantonsspitals angenommen. Dieser Abstimmungserfolg ermöglicht den dringend notwendigen Neubau endlich zu starten. Die GRÜNEN Schaffhausen waren an der Vorlage von der Kommissionsarbeit bis zur Abstimmungskampagne massgeblich beteiligt. Der Baustart ist nun für Juni 2026 geplant, zudem soll das neue Kantonsspital das Gold-Label für nachhaltige Gesundheitsbauten der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen erhalten.

**ST.GALLEN**



**Höchster St.Galler 2026**

Seit bald zehn Jahren setzt sich Jeyakumar Thurairajah im Stadtparlament St.Gallen insbesondere für Chancengleichheit, Kinderrechte, Vielfalt und Sport ein. Sieben Jahre hat der Pflegefachmann die GRÜNEN in der Bildungskommission vertreten, bis er zum Vizepräsidenten gewählt wurde. 2026 wird er das Präsidium des Stadtparlaments St.Gallen turnusgemäss übernehmen und somit Höchster St.Galler. Die Redaktion gratuliert Jeyakumar herzlich und freut sich auf weitere Jahre tamilische Vertretung in der St.Galler Legislative.

**umfassendes Tee- & Kräutersortiment**  
 pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel

transparent & verantwortungsbewusst  
 plastikfrei oder unverpackt  
 überwiegend bio & vegan  
 seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt  
 mit Code OstGruen

online oder Ladeneinkauf  
 teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwilen 071 667 09 03



Bild: Adobe Stock

## VIER ABSTIMMUNGEN

### AM 8. MÄRZ 2026

Die wichtigste Abstimmung ist die Klimafonds-Initiative der GRÜNEN und der SP. Die SRG-Initiative verlangt eine Halbierung der SRG-Gebühren. Und wir stimmen über das Referendum zur Einführung der Individualbesteuerung ab. Schliesslich steht auch die Initiative «Bargeld ist Freiheit» zur Diskussion.

#### Ja zur Klimafonds-Initiative

Die Klimafonds-Initiative sorgt dafür, dass endlich in konsequente Lösungen investiert wird und die dringend nötigen Massnahmen umgesetzt werden: mit jährlich 0.5 bis 1 Prozent des BIP (aktuell 3.9 bis 7.7 Milliarden Franken) aus einem staatlichen Fonds. Damit können die Mittel für den Schutz von Klima und Biodiversität gegenüber heute mindestens verdoppelt werden. Mit den bislang beschlossenen Massnahmen erreicht die Schweiz nicht einmal das von der Stimmbevölkerung beschlossene Ziel von Netto-Null-Emissionen bis 2050. Die EU und andere Länder investieren bereits massiv in die ökologische Wende – die Schweiz hinkt hinterher. Die Klimafonds-Initiative fördert erneuerbare Energien, grüne Innovationen und schafft Arbeitsplätze für die Zukunft.

#### Nein zur SRG-Halbierungsinitiative

Die von der SVP und Teilen der FDP lancierte Initiative will die Beiträge für die Radio- und Fernsehprogramme auf 200 Franken pro privaten Haushalt beschränken. Juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelunternehmen bezahlen keine Abgabe. Die Initiative würde der SRG rund die

Hälfte der Mittel entziehen. Will sie weiterhin in vier Sprachen senden, so würde das bei den Inhalten mehr als eine Halbierung bedeuten. Das ist ganz im Sinne der Initianten: Sie wollen eine SRG, die nur noch das macht, was private Medien nicht bringen. Also keine Sendungen mehr, die ein grösseres Publikum ansprechen, keine Unterhaltung, kein Sport und auch grössere politische Inhalte wären nicht mehr gefragt.

#### Nein zum Referendum gegen die Individualbesteuerung

Ob man verheiratet ist oder nicht, hat heute einen Einfluss auf die Steuerrechnung. Dies soll mit der Individualbesteuerung geändert werden. Künftig soll jeder Lohn gleich besteuert werden – unabhängig vom Einkommen der in Partnerschaft lebenden Person. Eine Lösung, die fair und gerecht ist – und die Gleichberechtigung endlich auch im Steuersystem einführt. Die Individualbesteuerung schafft die Benachteiligung verheirateter Paare effektiv ab. Ehefrauen verschwinden künftig nicht mehr in den Steuererklärungen, sondern werden als eigenständige Steuerpflichtige anerkannt.

#### Nein zur Bargeld-Initiative und Nein zum Gegenentwurf

Mit der Volksinitiative verlangt die Freiheitliche Bewegung Schweiz, dass der Bund immer genügend Münzen und Banknoten stellen muss. Der Bundesrat hat einen direkten Gegenentwurf eingebracht. Die Beibehaltung des Bargelds als Zahlungsmöglichkeit ist jedenfalls sinnvoll, etwa mit Blick auf den Schutz der Privatsphäre. Sowohl die Volksinitiative wie auch der direkte Gegenentwurf sind jedoch unnötig, da die Gewährleistung der Bargeldversorgung bereits heute auf Gesetzesstufe verankert ist.

#### ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

**JA** zur Klimafonds-Initiative

**Nein** zur SRG-Halbierungsinitiative

**Nein** zum Referendum gegen die Individualbesteuerung

**Nein** zur Bargeld-Initiative

**Nein** zum Gegenentwurf zur Bargeld-Initiative

**Stichfrage** für den direkten Gegenentwurf des Bundesrates



Bild: GRÜNE Glarus

## NACHGEFRAGT BEI

## ANDREAS STREIFF

Andreas Streiff kandidiert für den Gemeinderat Glarus Nord. Im Gespräch mit Kaj Weibel spricht er über seine Motivation, seinen Werdegang und seinen Wahlkampf.

### Andreas, warum kandidierst du für den Gemeinderat?

Mit dem Rücktritt von Sibylle Huber-Regli wird der Sitz der GRÜNEN frei und diesen wollen wir unbedingt verteidigen. Die aktuelle Zusammensetzung (3x SVP, 3x Mitte, 1x GRÜNE) widerspiegelt die Wähler:innenanteile unzureichend. Es braucht weiterhin eine grüne Stimme im Gemeinderat, die die politische Vielfalt repräsentiert. Ich kandidiere aber auch, weil ich im Glarnerland verwurzelt bin und Glarus Nord aktiv mitgestalten möchte. Ein Exekutivamt auf kommunaler Ebene bietet den direktesten Hebel, um eine lebenswerte Zukunft für die kommenden Generationen zu schaffen.

### Du hast vom Bauingenieur zum Sozialpädagogen gewechselt. Warum dieser Schritt?

Ich wollte etwas tun, das Sinn stiftet. In der Sozialen Arbeit wurde mir bewusst, wie eng individuelle Lebenslagen mit politischen Strukturen verbunden sind. Soziale Arbeit hat deshalb ein politisches Mandat. Ich will mit meiner Kandidatur nicht nur Einzelfälle begleiten, sondern Rahmenbedingungen mitgestalten, damit soziale Probleme gar nicht erst entstehen.

### Was nimmst du aus deiner Zeit als Bauingenieur mit?

Ich habe vor allem im Bereich Wasserkraft gearbeitet. Dabei erlebte ich, wie wirtschaftliche Interessen oft über ökologische und soziale gestellt werden - etwa wenn Restwassermengen oder Renaturierungen unter Druck geraten. Diese Erfahrung hat mein Bewusstsein für Zielkonflikte geschärft. Zugleich bringe ich technisches Verständnis, analytisches Denken und den Blick fürs Ganze mit.

### Wie willst du diese Erfahrungen im Gemeinderat nutzen?

Dank meiner neugierigen Art interessiere ich mich für viele Themen. Ich will die Gemeindepolitik den Menschen näherbringen und zwar nachvollziehbar, zugänglich und offen. Viele Entscheidungen betreffen uns direkt: Energie, Schulstandorte, Verkehr, Wohnraum. Politik lebt vom Mitreden. Ich möchte zwischen unterschiedlichen Interessen Brücken bauen für unser Gemein(de)wohl.

### Wie gehst du in den Wahlkampf?

Ich will zuhören und eine Stimme sein für Anliegen, die oft zu kurz kommen: für die Umwelt, für kommende Generationen und für Menschen ohne Stimm-

recht. Ich bringe frischen Wind, soziale Verantwortung, ökologische Weitsicht und fachliche Kompetenz mit. Ich bin überzeugt, dass diese Kombination den Gemeinderat um wertvolle Perspektiven bereichern wird.



Zur Unterstützung unseres Wahlkampfes: QR-Code scannen oder <https://gruene-gl.ch/andreas-streiff-kandidiert-fuer-den-gemeinderat-glarus-nord/>

### ZUR PERSON

Andreas Streiff (36) ist in Ennenda aufgewachsen, absolvierte die Matura an der Kantonsschule Glarus und lebt heute in Näfels. Zurzeit arbeitet er als Sozialpädagoge in einer betreuten Wohngruppe für Jugendliche. Zuvor war er als Projektingenieur im Bereich Kraftwerksbau und Rohrvortrieb tätig. Er engagiert sich im Vorstand der Ortssektion, in der Kantonalpartei und als Delegierter der GRÜNEN Schweiz.



Klimafonds  
Initiative

**GANZER EINSATZ**

**VON LINKSGRÜN**

Im Frühling steht mit der Klimafondsinitiative eine besonders wichtige Abstimmung an. Gemeinsam mit der SP haben die GRÜNEN Schweiz die Initiative im Februar 2024 mit über 130'000 Unterschriften eingereicht. Nach den besinnlichen Tagen sollten wir uns dieser Energie erinnern, um bis am 8. März möglichst viele Sympathisant\*innen an die Urne zu bringen. Voller Einsatz!

«Klimaschutz, Biodiversität, Innovation und Arbeitsplätze für die Zukunft: Das sind unsere Prioritäten. Investieren wir jetzt, für uns und unsere Kinder.»

Lisa Mazzone, Präsidentin GRÜNE Schweiz

**OSTGRÜNE:**

**ANSCHLUSS FINDEN**

#### Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus  
Ennetbühlerstr. 3  
8755 Ennenda  
www.gruene-gl.ch  
sekretariat@gruene-gl.ch
- GRÜNE Graubünden  
7000 Chur  
079 901 83 23  
www.gruene-gr.ch  
info@gruene-gr.ch
- GRÜNE Schaffhausen  
Brünigstrasse 7  
8200 Schaffhausen  
www.gruene-sh.ch  
info@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen  
Postfach  
9001 St.Gallen  
071 244 00 58  
www.gruene-sg.ch  
sekretariat@gruene-sg.ch

«Der Klimaschutz ist die grösste Aufgabe unserer Generation. Diese Herausforderung können wir nur mit einer gerechten und gemeinschaftlichen Lösung anpacken. Dank der Klimafonds-Initiative stellen wir mit öffentlichen Investitionen auf erneuerbare Energien um und sichern uns genügend Strom für die Zukunft.»

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz

«Mit der Klimafonds-Initiative bauen wir Zukunft: Sie macht Mittel frei für nachhaltige, klimafreundliche Projekte.»

Marionna Schlatter, Nationalrätin GRÜNE Schweiz

«Der brutale Angriffskrieg von Putin zeigt es klar und deutlich: Wir müssen die Schweiz so schnell wie möglich unabhängig von fossiler Energie und Uran machen. Nicht nur wegen dem Klimaschutz, sondern auch wegen unserer Energie- und Versorgungssicherheit.»

Roger Nordmann, ehemaliger Nationalrat SP Schweiz

- GRÜNE Thurgau  
8570 Weinfelden  
079 304 37 49  
www.gruene-tg.ch  
sekretariat@gruene-tg.ch

#### OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG  
079 207 84 37  
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG  
079 846 63 98  
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 1/26  
15.2.2026

## AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

#### Glarus

www.gruene-gl.ch

- Freitag, 9.1., 19 bis 22 Uhr Mitgliedertreff
- Freitag, 13.2., 19 bis 22 Uhr HV GRÜNE Glarus Süd
- Sonntag, 8.3., Gesamterneuerungswahlen für alle Gemeinderäte und den Regierungsrat

#### Graubünden

www.gruene-gr.ch

- Donnerstag, 8.1., 17.30 Uhr Apéro und Gespräche mit Grossrät\*innen, Landquart

#### Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- Donnerstag, 22.1., 19 bis 22.30 Uhr Neumitglieder-Apéro und Parolenfassung, Wagenareal, Wagenstrasse 6, Schaffhausen

#### St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- Samstag, 3.1., 9.30 bis 12 Uhr, Gipfel(i)-Treffen GRÜNE Wil-Land, Kulturlokal Bitzgi, Enzenbühlstrasse 48, Flawil
- Donnerstag, 8.1., 17.30 Uhr Apéro GRÜNE Sarganserland und Graubünden (s. Graubünden)
- Donnerstag, 15.1., 19 Uhr, Neujahrsbegrüssung GRÜNE prowil mit Franziska Ryser, Ilgenstrasse 8
- Samstag, 24.1., ab 17.00 Uhr, Neujahrsfondue GRÜNE Stadt St.Gallen, Habillon
- Dienstag, 3.2., Podium der Mitte zur kantonalen Abstimmung WilWest mit Anita Wyss, Sargans
- Mittwoch, 25.2., MV / HV GRÜNE-Rapperswil-Jona
- Donnerstag, 12.3., MV GRÜNE prowil
- Donnerstag, 12.3., 19.30 Uhr, Regie-Treff GRÜNE Wil-Land, Rest. Steinbock, St. Gallerstrasse 24, Flawil
- Freitag, 27.3., 18 Uhr, MV GRÜNE Sarganserland, Referat Naturschutz «von der Seez bis zum Hüeneri»

#### Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Mittwoch, 4.2., 19.15 Uhr, MV GRÜNE Thurgau, Rest. Engel, Sirnach

#### National

www.gruene.ch

- Samstag, 31.1., DV GRÜNE Schweiz, Chur
- Sonntag, 8.3., Nationale Abstimmungen
- Samstag, 21.3., DV GRÜNE Schweiz, Liestal